

# Neuer Fracking-Vorstoß

SPD-Ministerien arbeiten an scharfer Regulierung / Teile der CDU für Pilotprojekte

**BERLIN/DÜSSELDORF.** Eine Kehrtwende angesichts der Ukraine-Krise? Die Kanzlerin will eine Neubewertung der Energiepolitik. Angela Merkels jüngste Ankündigung ist Wasser auf die Mühlen derer, die wegen der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen künftig auch in Deutschland auf die umstrittene Fracking-Technologie setzen wollen.

Dabei wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst, wodurch Gas aus tiefen Gesteinsschichten entweicht und gefördert werden kann. Die Vereinigten Staaten und Kanada setzen massiv auf dieses Verfahren und machen sich damit weitgehend unabhängig von Gas-Importen. Beide Länder haben nun Deutschland Schiefergas als Alternative zu den Lieferungen aus Russland angeboten.

Eigentlich hatte sich Merkel in der heiklen Fracking-Frage schon festgelegt – im schwarz-roten Koalitionsvertrag findet sich ein Passus, der Fracking-Vorhaben in Deutschland bis auf Weiteres ausschließt. Doch angesichts der Ukraine-Krise flammt die Debatte nun ausgerechnet in der Kanzlerinnen-Partei CDU wieder auf: EU-Energiekommissar Günther Oettinger machte den Anfang, zuletzt meldete sich Ex-NRW-Verkehrsminister Oliver Witte zu Wort und schlug eine Pilotanlage für Fracking vor.

Jetzt wird auch in der Unionsfraktion im Bundestag der Ruf laut, die umstrittene Technologie hierzulande zumindest zu erproben. „Wir müssen endlich darüber nachdenken, Pilotvorhaben voranzubringen“, erklärte Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU). „Es ist Zeit für ein Referenzprojekt.“ Fracking dürfe nicht wie die Kernkraft zur Risikotechnologie abgestempelt werden.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin Barbara Hendricks (beide SPD) halten dagegen. „Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vor-



**Gaspipeline in der Nähe von Lost Hills im US-Bundesstaat Kalifornien. Barack Obama hat Deutschland Schiefergas als Alternative zu den Lieferungen aus Russland angeboten.**

Foto AFP

rang. Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen lehnen wir ab. Das werden wir gesetzlich festschreiben“, erklärte Hendricks gestern im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion.

## Bundesweites Moratorium

In Wirtschafts- und Umweltministerium werden gerade Entwürfe für eine gesetzliche Regelung ausgearbeitet, die de facto auf ein bundesweites Moratorium hinauslaufen. Das Wirtschaftsressort plant eine Änderung des Bergrechts, nach der Fracking-Vorhaben nicht ohne eine

vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden dürfen. Das Umweltministerium will das Wasserhaushaltsrecht ändern: Die Wasserbehörden könnten daher eine Art Veto-Recht erhalten, Fracking-Projekte ausgeschlossen werden – etwa dort, wo Trinkwasser gewonnen wird.

Derweil will die Wirtschaft die Gunst der Stunde nutzen und angesichts der Debatte über die Abhängigkeit von russischem Gas, Fracking-Vorhaben anstoßen. So prüft die BASF-Tochter Wintershall in NRW Kernbohrungen un-

ter anderem im Kreis Mettmann, im Hochsauerlandkreis und im Märkischen Kreis. Es dürfte kein Zufall sein, dass diese Pläne ausgerechnet jetzt wieder publik wurden, denn neu sind sie nicht. Diese Kernbohrungen hatte Wintershall schon im Jahr 2011 angekündigt. In NRW gilt aber seit 2011 ein Moratorium. Bringt nun auch der Bund schärfere Fracking-Vorschriften auf den Weg? Im vergangenen Jahr waren diese an Differenzen innerhalb der schwarz-gelben Koalition gescheitert.

Rasmus Buchsteiner  
Christoph Klemp

## „Es wird in NRW keine Probebohrungen geben“



**Johannes Rimmel, NRW-Umweltminister (Grüne)**

**Das Thema Fracking ist, befeuert durch die Krim-Krise, wieder aufgeploppt. Stehen jetzt bald in NRW die ersten Bohrtürme?**

Nein. Wir haben in der Landesregierung eine klare Haltung dazu. Fracking ist eine Risikotechnolo-

gie mit sehr vielen Fragezeichen. Deshalb bleibt es dabei, keine Probebohrungen im Zusammenhang mit Fracking zuzulassen.

**Wie beurteilen Sie dann, dass Wintershall jetzt erneut voprescht und Probebohrungen in NRW ankündigt?**

Das Vorgehen würde mich überraschen, wenn es denn so sein sollte. Bisher habe ich keine Kenntnis, das ein solcher Antrag vom Unternehmen gestellt wurde.

**ExxonMobil arbeitet an Fra-**

**cking-Verfahren ohne giftige Chemikalien. Wäre dann eine Erforschung der Technologie in NRW denkbar?**

Der Einsatz vor Chemie ist nur ein Teil der offenen Fragen. Wie werden etwa die belasteten Abwässer entsorgt? Wie reagieren unterschiedliche Gesteinsformen, wenn sie durchbohrt werden? Welche Chemikalien werden überhaupt mit welchen Folgen verwendet? Wie wird das Trinkwasser geschützt? Das sind alles Fragen, die nicht zufriedenstellend beantwortet sind. nick